

# Investitionskontrollrecht

Bungenberg / Reinhold

2023

ISBN 978-3-406-80817-3

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Bungenberg/Reinhold  
Investitionskontrollrecht

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Investitions- kontrollrecht

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Marc Bungenberg, LL.M. (Lausanne)**

o. Professor an der Universität des Saarlandes  
Direktor des Europa-Instituts

und

**Dr. Philipp Reinhold**

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität des Saarlandes

  
**beck-shop.de**  
2023  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:  
Bungenberg/Reinhold, InvKR Rn. ...

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 80817 3

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf  
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort

Die Entstehung bzw. Ausgestaltung des Investitionskontrollrechts in Deutschland und in der EU ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels. Während die außenwirtschaftspolitische und –rechtliche Perspektive lange Zeit durch das Vertrauen in offene Weltmärkte geprägt war und die EU und ihre Mitgliedstaaten sich nach ihren Äußerungen einem multilateralen Ansatz verschrieben hatten, waren sodann Regionalismus und Bilateralismus die Kennwörter in der Diskussion. Nunmehr wird an vielen Stellen der Grundsatz einer strategischen Autonomie besonders betont und als Rechtfertigung für einen Eingriff in den Außenwirtschaftsverkehr herangezogen. Die Vorstellung von einer globalisierten Weltwirtschaft wird dabei schrittweise durch den Wunsch nach wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit verdrängt. Dies hat Folgen, besonders für das Außenwirtschaftsrecht.

Es ist nicht so, dass Staaten wie Deutschland vormals über keinerlei regulatorische Eingriffsinstrumente verfügt hatten. Diese werden jedoch seit einiger Zeit in zunehmendem Maße geschärft und ausgebaut. Hierzu gehört in besonderer Weise das Investitionskontrollrecht im Sinne einer Marktzugangskontrolle, dessen Konturen inzwischen deutlich geworden, jedoch an vielen Stellen noch nicht abschließend geklärt bzw. diskussionswürdig sind. Trotz ausschließlicher Kompetenzen und Existenz einer Unionsverordnung wird die grundsätzliche Überlagerung dieses Themenbereichs durch das Europarecht erst allmählich deutlich. Sie wird bestätigt durch die ersten Schlussanträge in diesem Themenkomplex von Generalanwältin *Ćapeta* vom 30. März 2023. Im Einzelnen bleiben jedoch noch Unklarheiten. Reformen sind bereits absehbar.

Das vorliegende Buch will vor diesem Hintergrund die Grundlagen des Systems der Investitionskontrolle in Deutschland vermitteln. Zudem will es einen Beitrag zu den laufenden Diskussionen um diesen sich dynamisch entwickelnden Rechtsbereich leisten. Es richtet sich damit sowohl an die anwaltliche und behördliche Praxis als auch an die Wissenschaft, inklusive der universitären Ausbildung.

Ein besonderer Dank für die Manuskriptdurchsicht gilt insbesondere Yun-I Kim, sowie auch Romy Backenstraß, Lars Ruf und Simon Steiner.

Über Hinweise und Anregungen freuen wir uns. Sie helfen bei der stetigen Verbesserung und Fortentwicklung des Werkes. Am einfachsten erreichen uns Ihre Zusendungen unter [bungenberg@europainstitut.de](mailto:bungenberg@europainstitut.de) oder unter [reinhold@europainstitut.de](mailto:reinhold@europainstitut.de).

Saarbrücken, im Juni 2023

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Literaturverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
<b>I. Einführung .....</b>	<b>1</b>
<b>II. Gegenstand des Investitionskontrollrechts .....</b>	<b>5</b>
<b>III. In der Öffentlichkeit diskutierte Fallbeispiele .....</b>	<b>9</b>
1. Die Übernahme von KUKA durch Midea .....	9
2. Der verhinderte Einstieg von SGCC bei 50Hertz .....	11
3. Die gescheiterte Übernahme von Leifeld durch Yantai Taihai .....	12
4. Die Untersagung der Übernahme von IMST .....	13
5. Die gescheiterte Übernahme von Siltronic durch GlobalWafers .....	14
6. Der Teileinstieg von COSCO beim Hamburger Hafen und seine weiteren Folgen .....	16
<b>IV. Der wirtschafts- und rechtspolitische Hintergrund der Investitionskontrolle in Deutschland und in der EU .....</b>	<b>19</b>
1. Ursprung und Entwicklung der deutschen Investitionskontrolle .....	19
2. Entstehung eines europäischen Investitionskontrollrechtssystems .....	22
3. Weiterer Reformbedarf und Reformprozess .....	31
4. Ausweitung der Investitionskontrolle auf Kapitalexporte .....	32
<b>V. Der rechtliche Gesamtrahmen der deutschen Investitionskontrolle .....</b>	<b>35</b>
1. Spezifischer Regelungsrahmen und unionsrechtliche Überlagerung der deutschen Investitionskontrolle .....	35
a) Die deutsche Investitionskontrolle nach AWG und AWW .....	35
aa) Zuständigkeiten und Handlungsbefugnisse .....	36
bb) Allgemeines Prüfverfahren .....	39
cc) Besonderheiten der sektorübergreifenden Investitionskontrolle .....	43
(1) Erwerbsgegenstand .....	44
(2) Erwerber .....	44
(3) Erwerb .....	45
(4) Erwerbsschwellen .....	47
(5) Materieller Prüfmaßstab .....	65



dd) Besonderheiten der sektorspezifischen Investitionskontrolle .....	67
ee) Interventionsmöglichkeiten außerhalb eines Prüfverfahrens .....	69
ff) Investitionsverbote .....	73
b) Überlagerung der deutschen Investitionskontrolle durch die EU-Screening-VO .....	74
aa) Allgemeine Verpflichtung: Transparenz, Rechtssicherheit und Gleichbehandlungsgebot .....	76
bb) Spezifische Anforderungen an das nationale Investitionskontrollverfahren .....	77
cc) Kooperationsmechanismen .....	78
(1) Kooperation im Falle eines Überprüfungsverfahrens (Art. 6) .....	79
(2) Kooperation in Fällen ohne Überprüfung (Art. 7) .....	81
(3) Projekte oder Programme von Unionsinteresse (Art. 8) .....	82
dd) Bedeutung von Kommentaren und Stellungnahmen .....	82
ee) Maßstab der Sicherheit oder öffentlichen Ordnung .....	84
2. Ergänzungsfunktion des nationalen Verwaltungsverfahrensrechts .....	86
3. Begrenzungsfunktion subjektiv-öffentlicher Rechtspositionen .....	86
a) Europäische Grundfreiheiten .....	86
b) Europäische Grundrechte .....	87
c) Werte- und Zielbestimmungen der Verträge .....	89
d) Deutsche Grundrechte .....	89
e) Schutzstandards des Welthandels- und Investitionsschutzrechts .....	91
<b>VI. Formelle und materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen einer Untersagungsverfügung .....</b>	<b>95</b>
1. Einführung .....	95
2. Betroffene subjektive Rechte .....	95
a) Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit .....	96
b) Unionale Grundrechtsgewährleistungen .....	102
aa) Eigentumsfreiheit (Art. 17 GrCh) .....	102
bb) Berufsfreiheit und unternehmerische Freiheit (Art. 15 und 16 GrCh) ...	106
c) Gleichheitsgrundrechte (Art. 20 und 21 GrCh) .....	108
d) Deutsche Grundrechte .....	109
3. Allgemeine Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrolle mit dem Unions- und dem Verfassungsrecht .....	113
a) Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz .....	113
b) Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht .....	114
4. Formelle Rechtmäßigkeitsvorgaben .....	118
a) Insbesondere Begründungspflichten .....	120
b) Insbesondere Akteneinsichts- und Dokumentenzugangsrechte .....	126
c) Heilungsmöglichkeiten formeller Fehler .....	129

5. Materielle Rechtmäßigkeitsvorgaben .....	129
a) Voraussichtliche Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit	130
aa) Die öffentliche Ordnung oder Sicherheit .....	131
bb) Gefährdungsmaßstab der Investitionsprüfung .....	134
(1) „Voraussichtliche“ Beeinträchtigung .....	136
(2) Voraussichtliche „Beeinträchtigung“ .....	137
cc) Konsequenzen für die Anwendung der deutschen Investitionskontrolle	139
b) Voraussichtliche Beeinträchtigung wesentlicher Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland .....	142
c) Rechtsfollenseite: Ermessen und Verhältnismäßigkeit .....	144
aa) Legitimer Zweck .....	145
bb) Geeignetheit .....	146
cc) Erforderlichkeit .....	147
(1) Allgemeines .....	147
(2) Alternatives Mittel: Anordnungen .....	151
(3) Alternatives Mittel: Öffentlich-rechtlicher Vertrag .....	152
(4) Alternatives Mittel: <i>Ex-post</i> -Intervention .....	153
dd) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne (Angemessenheit) .....	153
 <b>VII. Rechtmäßigkeitsanforderungen an verfahrens begleitende Entscheidungen des BMWK .....</b>	 157
<b>VIII. Gerichtliche Überprüfung im Rahmen der Investitionskontrolle ....</b>	<b>159</b>
1. Rechtsschutz auf nationaler Ebene .....	159
2. Rechtsschutz auf EU-Ebene .....	162
 <b>IX. Ausblick: Zukunft des Investitionskontrollrechts .....</b>	 167
Anhang I: Allgemeinverfügung des BMWK zu den einzureichenden Informationen und Unterlagen .....	169
Anhang II: Auskunftsersuchen an den Investor für die Zwecke von Mitteilungen gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2019/452 (englisch) .....	177
Anhang III: Gesetzestexte .....	187
1. Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union .....	187
2. Außenwirtschaftsgesetz (AWG) vom 6. Juni 2013 .....	205
3. Außenwirtschaftsverordnung (AWV) vom 2. August 2013 .....	231
4. Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung (EnSiG) vom 20. Dezember 1974 .....	251
5. Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz) vom 14. August 2009 .....	259

6. Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-KritisV) vom 22. April 2016 .....	262
Sachregister .....	303

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG